

Dass Jahr 2009 stand im Zeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise, auch für den AGB im Kanton Aargau.

Sensibilisierungskampagne gegen die Krise:

So haben wir anfangs Jahr eine Resolution verabschiedet, welche ein umfassendes Programm fordert, um die Folgen der Wirtschaftskrise abzufedern. Es wurden Massnahmen verlangt gegen die *steigende Arbeitslosigkeit* und zur *Stärkung des Konsums*, wie *Erhöhung der Kinderzulagen*, *eine sofortige Erhöhung des Volumens der Prämienverbilligung*, *Einführung von längerer Kurzarbeit*, Aufforderung an die Aargauische Kantonalbank mit gutem Beispiel voranzugehen und vermehrt Kredite an kleine und mittlere Unternehmen zu gewähren. Neben dem Staat sind aber auch die Arbeitgeber aufgefordert, mit substantziellen Lohnerhöhungen ihren Teil zur Stützung der Konjunktur beizutragen.

Arbeitslosigkeit

Mit einer rund 30 Metern langen "Mandli"-Reihe wurde die steigende Arbeitslosigkeit eindrücklich symbolisiert. So hat die Zahl der Stellensuchenden im Aargau von Januar bis Juli 2009 um rund 2'500 Personen zugenommen.

Mit monatlichen "Jobalarm"-Aktionen machen die Aargauer Gewerkschaften das ganze Jahr auf die steigende Arbeitslosigkeit aufmerksam.

Die fünfte Job-Alarm-Aktion in Brugg wurde zusammen mit den JUSO Aargau durchgeführt und legte den Fokus auf die negativen Auswirkungen der Jugendarbeitslosigkeit. Ende November 2009 waren im Aargau 2'401 Jugendliche unter 25 Jahren arbeitslos!

Im November waren im Kanton Aargau bereits 15'865 Personen offiziell arbeitslos oder auf Stellensuche. Damit wächst die Zahl der Arbeitslosen wesentlich schneller als beispielsweise in der Rezession ab 2001.

Personenfreizügigkeit

Der AGB unterstützte mit einem klaren JA die Personenfreizügigkeit, welche am 8.2.2009 vors Volk kam. Die Zustimmung zur Personenfreizügigkeit sei ein JA zur Vernunft. Ein Nein zu den Bilateralen wäre ein unverantwortliches Spiel mit den Arbeitsplätzen. Ohne regulierte Beziehung mit der EU würden viele Arbeitsplätze gefährdet.

Zusatzfinanzierung der IV

Der AGB unterstützte mit einem klaren JA auch die Zusatzfinanzierung der IV, welche im September 2009 vors Volk kam. Ohne zusätzliche Mittel sei eine Sanierung der stark defizitären und hoch verschuldeten IV nicht machbar. Eine Alternative zur Zusatzfinanzierung mit der befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer gebe es nicht. Wollte man das jährliche Defizit von rund 1,4 Milliarden Franken mit Sparmassnahmen beseitigen, müsste man die Renten um 40 Prozent kürzen.

Präsidium

Am 25. März übergab Urs Hofmann nach erfolgreichen 14 Jahren das Präsidium des Aargauischen Gewerkschaftsbundes ab.

Kurt Emmenegger, SP-Grossrat und Regional-Sekretär der Gewerkschaft UNIA, wurde einstimmig zum neuen Präsidenten gewählt.